

Personenwahlbündnis FÜR Esslingen

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2018/2019

13.11.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

I. Der Überschuss im vorliegenden Doppelhaushalt liegt bei rund 10 Mio Euro. Das hört sich natürlich erst mal gut an. Das Geld soll für die Stadtbücherei verwendet werden. Aber hier zeigt sich schon, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, denn die geschätzten Kosten allein für die Bücherei liegen mehr als doppelt so hoch. Dazu kommen in den nächsten Jahren Kosten für die Sanierung der Bäder und der Schelztorhalle. Außerdem 50 bis 70 Millionen für die Schulsanierung und etwa 100 Millionen für den Neubau der Esslinger Brücken. Mit Recht mahnt Herr Rust für die Sanierung der Esslinger Brücken Unterstützung an, ohne dass klar ist, woher die kommen soll. Die angeführten Bibelzitate sind da jedenfalls wenig hilfreich.

Wir meinen von Bund und Land muss eine deutliche Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen gefordert werden. Es kann nicht sein, dass dort wo die unmittelbare Daseinsfürsorge mit Schule, Kindergarten und Krankenhaus etc. stattfindet am wenigsten Mittel vorhanden sind.

Der verstorbene CDU Generalsekretär Heiner Geisler hat einmal gesagt: „Es gibt Geld wie Dreck, aber es wird falsch verteilt“. Das zeigt sich aktuell wieder bei den Panama und Paradise Papers:

Laut Süddeutscher Zeitung verschieben die internationalen Konzerne wie Apple, Facebook, aber auch Siemens, Bayer, Allianz und Deutsche Bank jährlich 600 Milliarden Euro in die Steueroasen. Alleine Deutschland entgehen dadurch jährlich 17 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Wir dürfen uns also von dem Argument „kein Geld da“ nicht einschüchtern lassen sondern im Gegenteil die Gemeinderäte und der Städtetag sollten zu einem breiten Protest gegen die finanzielle Unterausstattung der Kommunen aufrufen. Insbesondere die großen Verkehrsausgaben wie der Brückenbau müssen vom Bund getragen werden, ebenso die Unterbringung und die gesamten Aufwendungen für die Flüchtlinge und wichtige Umweltschutzmaßnahmen.

II. Trotz dieser grundsätzlichen Kritik sehen wir aber auch im vorliegenden Haushalt zahlreiche Einsparungsmöglichkeiten.

Beispielhaft wollen wir das am Etat des Stadtplanungsamts deutlich machen. Wenn man wie in der Stadtstrategie Esslingen 2027 davon ausgehen würde, dass Esslingen eine ausgewachsene Stadt ist, die aufgrund der geografisch schwierigen Lage im engen Neckartal keine weitere bauliche Aufblähung verträgt, dann könnte

man die Kosten für das Stadtplanungsamt in Höhe von 9. Mio. erheblich reduzieren. Das hieße die Bürger vor der intensiven Stadtplanung mit ins Boot nehmen, die Bürgermeinung tatsächlich ernst nehmen und von unsinnigen, umweltschädlichen und menschenfeindlichen Bauprojekten von vornherein Abstand nehmen. Nicht erst planen und dann feststellen, dass es so nicht geht, weil die Bürgermeinung dagegen sprechen. So wurde auch der Flächennutzungsplan mehrmals überarbeitet und wird jetzt wieder geringfügig geändert präsentiert anstatt ihn endlich zurückzuziehen.

Die beschlossenen Baumaßnahmen der Stadt haben auch erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt. Allein die Erweiterung der Kanalisation für das Greut kostet 600 000 €.

Für den Bau des so genannten Sportparks in Weil sind insgesamt 4,3 Mio. vorgesehen. Im aktuellen Doppelhaushalt 800 000. Das Geld dient zu 90 Prozent dazu um die 2 wohnortnahen und gut ausgestatteten Sportplätze der VFL Post zu ersetzen, damit diese zubetoniert werden können. Ein Ersatz für das Vereinsheim das abgerissen werden soll ist dabei noch gar nicht vorgesehen. Wir lehnen deshalb beide Ausgaben ab.

Für einige private Kinderbetreuungseinrichtungen wie die von Daimler, Giant Leap etc sind für das Jahr 2018 3,7 Millionen € und für 2019 3,9 Millionen € eingeplant. Es ist nicht einzusehen dass diese privaten Einrichtungen, die sich zumeist nur die besser Verdienenden leisten können von der Stadt subventioniert werden. Das eingesparte Geld soll für die sofortige Rücknahme der in der SHK beschlossenen drastischen Gebührenerhöhung verwendet werden.

Der Spitzensport soll laut Haushaltsplan mit 90.000 € gefördert werden. Auch dieses Geld ist besser angelegt, wenn damit Breitensport gefördert wird z. B. zum Ausbau von Bewegungs- und Sportangeboten für Kinder und Jugendliche aber auch für kostenlose öffentliche Angebote für alle Bevölkerungsgruppen wie Thai Chi, Yoga oder Tanz die allgemein zur Gesunderhaltung dienen.

Das Justizariat soll wie in den letzten Jahren weiterhin **jährlich** 30.000 € für Literatur erhalten. Dieser Betrag ist nicht nachvollziehbar. Die Gesetzestexte müssen sicherlich teilweise erneuert und aussortiert werden, aber veralten nicht alle jährlich komplett.

Kreissparkasse und Karstadt sollen die Wiederherstellung der Straßen nach den Baumaßnahmen komplett selbst bezahlen. Das gleiche gilt natürlich auch für den Festknoten. Auf diese Weise können ebenfalls mehrere 100 000 Euro eingespart werden.

III. Zu unseren Forderungen:

Im Vorbericht ist viel von Nachhaltigkeit und strategischen Zielen die Rede aber in der konkreten Planung ist das in wesentlichen Bereichen nicht erkennbar. Wir finden es notwendig, dass sich die Stadt viel ehrgeizigere Ziele setzt:

1. Es ist nicht einzusehen, warum die Zahl der Haushalte in der Wohnungsnotfallkartei bis Ende 2019 konstant bei 322 bleibt. Vielmehr sollten die bestehenden Fälle komplett abgearbeitet werden und am Ende des Jahres 2019 auf null stehen. Das erfordert aktives Wohnraummanagement durch die Stadt einschließlich Erfassung, Nutzung oder Umnutzung von Leerständen,

aber auch Genehmigung und Unterstützung von Einliegerwohnung, Aufstockung und Dachausbau. Förderung von Wohngemeinschaften. Umwandeln von leer stehenden Ladenlokalen in Wohnungen. Auch die Idee von den Linken mit den Stelzenhäusern finden wir richtig. Dazu könnte die Stadt in Verhandlung mit Aldi und Lidl treten zur Überbauung der Parkplätze in Stadtmitte und Mettingen.

2. Die Ausbildungsquote in Esslingen liegt laut Vorbericht bei 5,2%. Natürlich hat die Stadt nur begrenzten Einfluss auf diese Quote. Aber die Stadt sollte darauf drängen, dass in den Großbetrieben vor allem bei Daimler und Festo auf eine Verdopplung dieser Quote hingearbeitet wird. Wir sind überzeugt, dass sich für diese Lehrstellen auch genügend Bewerber finden. Und die Stadt sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und selbst auf eine Ausbildungsquote von 10 Prozent hinarbeiten.

3. Laut Vorbericht soll auch die Menge der aus erneuerbaren Quellen gewonnenen Energie konstant bleiben, statt dass der Einsatz erneuerbarer Energien massiv ausgebaut und gefördert wird. Nur so kann auch die eh schon viel zu bescheidene Reduktion des städtischen CO₂ Ausstoßes erreicht werden.

4. Der Reduktion der extrem gesundheitsschädlichen Feinstäube und Stickoxide muss viel mehr Beachtung geschenkt werden. Wir beantragen weitere Messgerät zur Messung von Feinstaub, Stickoxiden und anderen wichtigen Schadstoffe. Insbesondere am Kindergarten Auenweg, direkt neben Daimler Mettingen müssen umfangreiche Messungen erfolgen um die Belastung der Kleinkinder und Kinder mit Feinstaub Stickoxiden und Gießereiabgasen zu überprüfen. Aus der Umweltmedizin ist bekannt, dass Kinder besonders anfällig für umweltbedingte Erkrankungen sind. Daimler muss aufgefordert werden sofort wirksame Maßnahmen gegen die gesundheitsschädlichen Gießereiabgase und gegen den Ausstoß von Staub und Feinstaub und Stickoxiden zu ergreifen. Nach eigenen Angaben beträgt dieser zurzeit 26 Tonnen Staub und Feinstaub und 450 Tonnen Stickoxid im Jahr.

5. Wir beantragen weiterhin: Kostenlose Schüler Monatstickets für alle Schüler. Nulltarif bei Feinstaubalarm und perspektivisch Nulltarif im gesamten öffentlichen Nahverkehr als wirksame Maßnahme gegen die Luftverschmutzung durch den überquellenden Individualverkehr.

6. Im Wahlkampf hat der SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz die Forderung nach kostenlosen Kitas und Kindergärten von FÜR Esslingen übernommen. Wir begrüßen das natürlich. Für uns ist das aber kein Wahlkampfschlager, sondern unbedingt notwendig. Zur Finanzierung beantragen wir den Hebesatz der Gewerbesteuer von 400 auf 420 Punkte zu erhöhen.

Die menschlichen Grundbedürfnisse werden oft gegeneinander ausgespielt. Am deutlichsten sieht man dies an Wohnraum und Umwelt. Es wird suggeriert dass man entweder Wohnraum oder Umweltschutz haben kann. Oder es wird uns erzählt: Völlig illusorisch alles nicht bezahlbar.

Wie gesagt, es gibt Geld wie Dreck ...Deshalb dürfen Umweltschutz und die Verwirklichung der elementarsten sozialen Rechte nicht auf Kosten der kleinen Leute umgesetzt werden, sondern auf Kosten der Profite.

Vielen Dank!